

Linke Politik ist notwendig!

Gegen Naziterror, Polizeiwillkür und Kapitalismus!

Morgens, ein Blick in die Zeitung, Gespräche auf der Straße. Es ist wieder da, ein Gefühl von Wut über das, was sich ständig zu wiederholen scheint: Neonazis prügeln im Osten Deutschlands, an der Haltestelle hetzt "der Durchschnittsbürger" gegen MigrantInnen, die Polizei ermittelt mit Antiterrorgesetzen gegen Linke, der Staat interniert Flüchtlinge in Lagern, Regierungen kürzen Sozialleistungen, Firmen setzen ArbeiterInnen unter Druck. Ein Leben in oft unbewusster

Ausbeutung, Unterdrückung und Rassismus. Im Großen wie im Kleinen tagtäglich neu geschaffen, auch im ostthüringischen Gera.

Dies nicht hinzunehmen, heißt aufbegehren für ein freies und selbstbestimmtes Leben – für linke Politik und Antifaschismus!

Fortsetzung auf Seite 2



**7. Juli 2012 Gera Innenstadt // gerainfo.noblogs.org
// Kein Nazifest "Rock für Deutschland"**

Linke Politik ist notwendig!

Von Polizeigewalt und staatlichem Rassismus

An den Staat und damit an die Staatsgewalt appellieren? Es wäre ob-
skur, schließlich sind Ordnungsamt,
Polizei und Geheimdienste Teil dieser
Herrschaft. Ihre Praxis in Uniformen
und hinter Behördentüren ist Ausdruck
autoritären Denkens und antilinker
Beißreflexe, die sogar die Zivilgesell-
schaft zur Empörung nötigen sollte. Am
unmittelbarsten erfahrbar ist dies seit
Jahren auf den Straßen dieser Stadt. Für
Menschen, die nicht der deutschen, bür-
gerlichen und konsumierenden Norm
entsprechen, gleicht der öffentliche
Raum einem Spießrutenlauf. Sie werden
shikaniert oder direkt ausgeschlossen.
Dies beginnt mit dem alltäglichen Ras-
sismus gegenüber Menschen die offenbar
"Nicht-Deutsch" aussehen und gipfeln
in Neonazi-Angriffen. Dass laut Studie
"Die Mitte in der Krise" in Ostdeutsch-
land über 40% eine Überfremdung
durch im alltäglichen, deutschen Sprach-
gebrauch als "Ausländer" betitelte Men-
schen vernehmen, verdeutlicht den ge-
sellschaftlichen Rückhalt, mit dem dies
geschieht. Polizeikontrollen am Bahnhof
und in den Stadtvierteln aufgrund der
Hautfarbe sind ebenso Ausdruck dieses
Alltagsrassismus'.

Wer noch dazu die Zustände kriti-
siert, sie zu verändern oder Alternativen
zu schaffen versucht, erfährt Ablehnung
und Repression. AntifaschistInnen, die
den Neonazis auf der Straße entgegen-
treten, shikaniert die Polizei seit Jahren
mit Anzeigen und langwierigen Ermitt-
lungen. Wes Geistes Kind die Geraer Po-
lizei ist, machte 2004 der damalige Poli-
zeidirektor unmissverständlich deutlich.
Nach dem Mord an dem öffentlich als
"Russlanddeutschen" titulierten Oleg V.
durch junge Rechte leugnete der dama-
lige Polizeidirektor einen rassistischen
Tathintergrund und rief dazu auf, einem
linken Mahngang fernzubleiben. Auch
dessen Nachfolger zeigen sich als Hard-

liner; da verwundert es nicht, wenn der
Weg durch die Stadt für linke Jugendli-
che oft nur mit Kontrollen und Identi-
tätsfeststellungen möglich ist.

Der gesellschaftliche Ordnungsdrang
kommt in solch unscheinbaren Regelun-
gen wie dem Aufenthaltsverbot in Ein-
kaufspassagen, eingezäunten Parks oder
dem Skateverbot am Hauptbahnhof zum
Vorschein. Selbstverwaltete soziokultu-
relle Freiräume, die dieses Klima aufbre-
chen könnten, fehlen in dieser Stadt seit
mittlerweile sieben Jahren. Eine Fahrrad-
demonstration aus diesem Anlass wurde
im Mai 2010 von der Polizei auseinan-
dergeprügelt, viele TeilnehmerInnen an-
geklagt und eingeschüchtert.

Worin die Kriminalisierung linker
und antifaschistischer Politik gipfeln
kann, zeigt die Dresdener Polizei und
Staatsanwaltschaft. Sie führen seit 2010
einen "Feldzug" gegen jene, die die dor-
tigen Neonaziaufmärsche offensiv ver-
hinderten. Ihr Repertoire reicht von der
Überwachung tausender Mobiltelefone
und Ermittlungen gegen BlockiererIn-
nen über Hausdurchsuchungen wegen
Landfriedensbruchs bis zum Vorwurf ei-
ner kriminellen Vereinigung. Im CDU-
regierten Bundesland heißt die Maxime
Staatsmacht gegenüber Links zu de-
monstrieren. Gleich, ob durch Repressi-
on oder Extremismusformel, die Antifa-
schistInnen mit Neonazis gleichsetzt.

Das braune Paradies

Dieses politische Dilemma ist ein
Grund warum sich Neonazis über Jah-
re ausbreiten konnten – auch in Thü-
ringen. In Gera, wo die Szene seit über
20 Jahren agiert, soll voraussichtlich am
7. Juli 2012 das 10. NPD-Fest "Rock
für Deutschland" stattfinden. Es ist der
Schulterschluss zwischen Partei, "Frei-
en Kameradschaften" und "autonomen
Nationalisten". Was das bedeutet wurde
2009 klar, als die Musikgruppe "Lunki-
koff Verschwörung" 4000 Neonazis

anzog. Ein lukratives Geschäft für das
dahinterstehende Netzwerk aus rechten
Versänden, Plattenfirmen und Bands. Sie
alle blieben seit 2003 größtenteils unge-
stört, da ein Großteil der Geraer Bevöl-
kerung auf Abwesenheit setzte. Seit 2010
formiert sich jedoch auch zivilgesell-
schaftlicher Protest, der gemeinsam mit
AntifaschistInnen im vergangenen Som-
mer über 1000 Menschen mobilisierte.
Sie versuchten die Anreisewege der in
etwa gleich vielen Rechten zu blockieren.

Die Konsequenz: Kapitalismus abschaffen!

Wir widersetzen uns, solange Neo-
nazis hetzen können und weil die
hiesige Gesellschaft diese durch ihre



Grundfeste selbst hervorbringt. Kapi-
talismus bedeutet nicht wie so oft pro-
pagiert Freiheit, sondern Ausbeutung,
Herrschaft und Rassismus. Das ver-
meintlich glückliche Leben gibt es in
Wirklichkeit nur in zweierlei Hinsicht:
als ökonomischer Wohlstand, von dem
nur ein kleiner Teil der Menschheit auf
dem Rücken von Milliarden von Men-
schen profitiert; ideologisch als verinner-
lichte Propagandashow in den Köpfen
der ausgebeuteten ArbeiterInnen. Beides
hält die freiwillige Selbstzurichtung des
Individuums zur Lohnarbeit seit nun-
mehr 200 Jahren mit am Laufen.

An der ganzen Misere ändert auch die
aufklärerische Vernunft und Rationalität

nichts, mit denen die bürgerliche Gesellschaft einst den Feudalismus ablöste. In ihrer historischen Liaison mit dem Kapitalismus wurden die humanistischen Ideale schnell einem anderen Dogma untergeordnet, das da heißt Profitmaximierung. Güter werden produziert, um Gewinn zu erzeugen und danach hat sich alles Weitere zu richten: Menschen fungieren als Lohnarbeitende, die für Kapitalisten arbeiten und in diesem Prozess ausgebeutet werden; die erzeugten Güter gibt es nur im Tausch Geld gegen Ware.

Das Ziel kapitalistischer Produktion ist also nicht die Befriedigung von Bedürfnissen und die individuelle Entfaltung des Menschen. Wenn es "gut läuft", gibt es beide Dinge für die Lohnarbeitenden als "Abfallprodukte", sozusagen "on top", zur tagtäglichen Ausbeutung. Und was unter Wunsch und Verwirklichung verstanden wird, ist immer noch vom Denken der Warengesellschaft bestimmt: Konsum? Reihenhaus? Karriere? Wenn es "schlecht läuft", heißt das prekarierte Arbeitsverhältnisse mit zwei, drei "Minijobs", Zeitarbeit, "Hartz IV-Maßnahmen" oder Essen bei der Tafel. Dahinter steht ein System des offenen wie unbemerkten Zwangs: wer nicht arbeitet und wer kein oder wenig Geld hat, bekommt auch nichts oder nur den Rest, gleich ob Nahrung, Kleidung oder Wohnung.

Der Staat hat in diesem Arrangement die Aufgabe, den Kapitalismus am Laufen zu halten. Soziale Marktwirtschaft und Sozialstaat sind folglich Mittel, die Lohnarbeitenden bei der Stange zu halten. Begehren die Ausgebeuteten, Armen und Ausgeschlossenen aber auf, schlägt der Staat zurück, mal mit, mal ohne Staats- und Polizeigewalt. So ist der Generalstreik in der BRD und damit die Solidarisierung der ArbeiterInnen seit über 50 Jahren faktisch verboten. Seit Einführung von "Hartz-IV" steigt der Druck auf Arbeitslose, indem die Arbeitsämter Sozialleistungen immer weiter kürzen oder ganz streichen.

Diejenigen, die Ausbeutung und Krieg in den Ländern des Südens entkommen wollen und versuchen, nach Europa oder Nordamerika zu gelangen, sehen sich ökonomischem Rassismus ausgesetzt. Die Formel lautet, wer nicht verwertbar ist, hat kein Recht auf Wohlstand und Frieden. Das Asylrecht wird in der BRD und der EU seit den

Neunzigerjahren ausgehebelt und so landen Flüchtlinge in Asyllagern, werden in Abschiebeknästen interniert oder von der Grenzpolizei im Mittelmeer zurückgeschickt, wobei schon Tausende Menschen ertranken.

Solidarität und Widerstand

Die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft ist seit jeher eine von Ausbeutung und Unterdrückung. In ihr müssen alle Menschen nach der kapitalistischen Logik handeln, um zu überleben. Von Menschen geschaffen, wird die Herrschaft dieses Systems jedoch von Menschen erhalten.

Unsere Antwort heißt daher Solidarität und Widerstand gegen Kapitalismus, Staat und Nazis. Tragen wir dies am 7. Juli in Gera mit auf die Straße.

In diesem Sinne: aufbegehren für ein freies und selbstbestimmtes Leben – links und antifaschistisch! Denn:

"Die rote Front und die schwarze Front sind hier!"

"Ton Steine Scherben", 1972

Eine Chronologie

10 Jahre Nazifest

Eines der stärksten Gemeinschaftserlebnisse, innerhalb der Neonazi-Szene, sind mitunter Konzerte. Hier wird der und die Einzelne Teil der rechten Erlebniswelt. Es wird gefeiert und dabei rassistische Texte und Parolen gegrölt. Solche Veranstaltungen bieten ebenso immer wieder Raum für rechte Ideologien und fördern dadurch selbstverständlich auch den Verkauf und die Verbreitung von einschlägigen Tonträgern, Fanzines und

Kleidungsstücken. Der dennoch vorhandene zivile Gegenprotest kann diesem Treiben allerdings nur wenig entgegensetzen.

In Gera ist die NPD-Parteiveranstaltung, "Rock für Deutschland", seit nun 10 Jahren als Musikfestival im rechten Festivalplan verankert. Mehrere Hundert Neonazis kommen jedes Jahr nach Gera um RechtsRock-Bands, Hasspredigten

und menschenverachtender Propaganda von verschiedensten RednerInnen zu lauschen. In den ersten beiden Jahren, 2003 und 2004, stand das Fest noch unter dem Motto "No War", mit dem sich die NPD an die Kampagne neofaschistischer Kameradschaften gegen den Irak Krieg der USA anschließen wollte. Doch gerade einmal 150 BesucherInnen kamen zu dieser Veranstaltung. 2005 dann wurde der Namenswechsel zu

"Rock für Deutschland" vollzogen. Die NPD konnte zu diesem Event offiziell den Bundestagswahlkampf in Thüringen eröffnen. Im Jahr 2006 wurde der Rahmen erneut erweitert. Anstatt drei RednerInnen, wie im Vorjahr, traten auf dem "4. Nationalen Rock-Festival" nun sechs auf. Und ebenso viele Bands spielten vor rund 600 teilnehmenden Nazis. Von nun an konnte davon ausgegangen werden, dass das NPD-Konzert innerhalb der rechten Szene anerkannt war. Ein Jahr darauf warben Partei und "Freie Kameradschaften" mit Auftritten von RechtsRock-Bands wie SPREEGESCHWADER (Berlin), FRONTALKRAFT (Cottbus), WODEN (USA) und RACIAL PURITY (Dresden) sowie unter anderem mit Redebeiträgen des Thüringer NPD-Landvorsitzenden, Frank Schwerdt. An dieser Auflage nahmen 650 BesucherInnen teil. 2008 stieg deren Zahl nochmals und mehr als 750 vorwiegend junge Neonazis kamen, um Bands wie EUGENIK (Gera), WHITE RESISTANCE (Schneeberg), JUNGSTURM (Saarland), BREAKDOWN und HAUPTKAMPFLINIE (Kassel) zu sehen. Seinen voläufigen Höhepunkt fand das Fest am 11. Juli 2009, das damals unter dem Vorzeichen der bevorstehenden Landtagswahlen stand. Dementsprechend trat der NPD-Parteivorsitzende, Udo Voigt, als Hauptredner auf. Den Neonazis war es auch gelungen, die Berliner Band DIE LUNIKOFF VERSCHWÖRUNG als Headliner neben Bands wie BRAINWASH (Altenburg), SLEIPNIR (Gütersloh) und BLITZKRIEG (Chemnitz), zu gewinnen. Über mehrere Wochen wurde der Auftritt des ehemaligen LANDSER-Sängers Michael LUNIKOFF Regener angekündigt. Im Jahr 2001 wurde er als Sänger der Band wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung, dem verbreiten von Propagandamaterial verfassungswidrigen Organisationen und dem öffentlichen Aufruf zu Straftaten verhaftet und saß für mehrere Jahre im Gefängnis. Mit den tausenden waren selbst die Geraer NPD überfordert, die mit rund 2000 TeilnehmerInnen gerechnet hatten. Am Ende waren es 4000-5000 Neonazis u. a. aus Deutschland, Italien, Belgien,

der Niederlande, Österreich, Schweiz. Es war damit die größte Naziveranstaltung nach dem zweiten Weltkrieg in Thüringen. Der Stadtteil Debschwitz glied den gesamten Tag über einer "National Befreiten Zone". Ganze Straßenzüge waren von Neonazis bevölkert. Teilweise wurden diese in Hundertergruppen von der Polizei durch die Stadt zur Spielwiese eskortiert, auf der sich die NPD versammelte. Die Polizei war sichtlich überfordert, was bei der Abreise erneut deutlich wurde. Umliegende Straßen und beide Bahnhöfe waren mit Neonazis überfüllt. Kleinere Gruppen konnten bis in die Nacht hinein umherziehen und unter anderem in der rechten Kneipe "Toto's Treff" feiern. In den darauf folgenden Jahren erschienen dann noch 1000-2000 Nazis, die in Gera frei und ungestört ihre rassistische, menschenverachtende Ideologie propagieren konnten.

Im Jahr 2010 gründete sich schließlich das Aktionsbündnis Gera gegen Rechts, das nach der Antifaschistischen Aktion Gera [AAG] nun auch zivilgesellschaftlichen Widerstand und Proteste gegen das Nazifest organisiert. Dennoch hat auch dieses Bündnis mit der Gleichgültigkeit vieler EinwohnerInnen zu kämpfen. Alternative Jugendliche und MigrantInnen begeben sich in der Nähe des "Rock für Deutschland" in Gefahr. Ganze Stadtgebiete mutieren an diesen Wochenenden zu No-Go-Areas für alle Menschen, die nicht in das rassistische Bild der Neonazis passen.

In diesem Jahr werden beim zehnjährigen "Jubiläum" des "Rock für Deutschland" am 07. Juli neben dem Hauptredner Udo Voigt (1996-2011 NPD-Parteivorstand) auch Matthias Fischer (Freies Netz Süd), Patrick Wieschke (NPD-Bundesvorstand), Dieter Riefling ("Freien Kräfte") und Karl Richter (Mitarbeiter der NPD im Sächsischen Landtag) auftreten. Diese Zusammensetzung zeigt, dass Gorden Richter (NPD-Kreisvorsitzender, Stadtratsabgeordneter und Anmelder des "Rock für Deutschland") von der zurückhaltenden Linie der Bundespartei unter der Führung Holger Apfels abweicht und den radikaleren und

aktionistischen Kurs des Geraer Kreisverbandes fortsetzt. Richter spricht damit die "Freien Kräfte" und "Kameradschaften" an, die sich ohnehin von der "konservativen" NPD-Politik abgrenzen und ihren Hass lieber direkt auf der Straße freien Lauf lassen.

Angekündigt sind Gruppen wie MAX RESIST (USA), OIODOXIE (Dortmund), TÄTERVOLK (Mecklenburg-Vorpommern), WORDS OF ANGER (Schleswig-Holstein) und EXZESS (Brandenburg). Eine Zusammenstellung, mit der die Strömungen der rechten Szene wieder einmal in Gera zusammengebracht werden könnten.

RechtsRock und rechte Geschäfte

Die Musikfestivals dienen nicht nur zur Bespaßung der rechten Anhängerschaft und als Aufmarschersatz, sie sind ebenso Ort der Vernetzung von neonazis aus weiten Teilen Europas. Auch wenn es wichtig ist, das Potential zur Mitgliederrekrutierung nicht zu unterschätzen. Beides spielt sich exemplarisch in Gera ab, wo es Neonazis möglich scheint, eine unsägliche zehnjährige Tradition eines rechten "Großevents" zu etablieren.

So verwundert es nicht, dass RechtsRock in Gera eine wichtige Rolle spielt. Um die Neonazis, die in der Stadt wohnen und die mitunter seit den frühen Neunzigerjahren in der rechten Szene aktiv sind, gruppieren sich Bands, Labels und Geschäfte. Es wird mit menschenverachtender Musik, NS-Devotionalien und Szenekleidung Geld verdient. Diese Strukturen im Hintergrund müssen benannt und ihre Verstrickung in das NPD-Fest "Rock für Deutschland" aufgedeckt werden.

Einer der aktivsten Protagonisten ist der rechte Musikverleger Jens Fröhlich. Er besitzt neben einem eigenen Label einen Versand und singt selbst bei den zwei Geraer RechtsRock-Bands EUGENIK und TOTENBURG. Erstere existiert seit 1996 in Gera und begann zunächst mit Oi und szenetypischem RechtsRock. Seit ihrem späten Debütalbum 2005 wendet sie sich musikalisch eher zum Black Metall hin und schreibt Texte die mit heidnischen und völkischen Inhalten durchsetzt sind. Fröhlich gilt als Kader mit guten Kontakten in die rechte Musikszene. Mit seinem Label "Ewiges Eis" verlegt und vertreibt er Musik vor allem aus dem Spektrum des "National Socialist Black Metall". Daneben besitzt er mit dem Methornversand ein weiteres Unternehmen. Hier verkauft er rechte Musik, unter Neonazis beliebte Klamotten und weitere Propaganda. Das Geraer "Rock für Deutschland" begleitet Fröhlich von Beginn an. Er unterstützt mit Tontechnik und Instrumenten, bucht

und bezahlt die auftretenden Bands und trat mehrmals selbst mit seiner Band Eugenik auf. Fröhlich ist damit für den musikalischen Teil des Nazifests verantwortlich.

Eine weitere Figur ist Dennis Schoner, der immer wieder beim alljährlichen "Rock für Deutschland" auftaucht. Er gilt als Kopf der Band Totenburg und spielt unter dem Synonym "Herr Rabensang" Schlagzeug. Diese spielt nach eigenem Bekunden "Thuringian Aryan Black Metal". Totenburg ist in der Szene des "National Socialist Black Metall" wie Eugenik gut vernetzt und gibt europaweit Konzerte. Das Cover der Erstauflage ihrer Debüt-CD "Weltmacht oder Niedergang" aus dem Jahr 2000 trug das

den Geraer Stadtratswahlen auf der Liste der Partei an.

Bleibt noch Mirko Ziem, der Geschäftsinhaber des "Inside Streetware Shops", betreibt regelmäßig einen Verkaufsstand auf dem Rock für Deutschland. Bis vor kurzem hatte er in der Reichsstraße 33 ein Geschäft in dem vor allem RechtsRock und Szenekleidung verkauft wurden. Offensichtlich aufgrund mehrerer kaputter Scheiben und Farbattacken musste Ziem sein Domizil räumen. Übrig geblieben ist der Online-shop der u. a. rechte Kleidung wie Thor Steinar und Ansgar Aryan vertreibt.



EUGENIK 2008 beim "Rock für Deutschland", Sänger Jens Fröhlich (Mitte)

Bild einer brennenden Synagoge in der Reichspogromnacht 1938. Neben seinen Musikaktivitäten betreibt Schoner das Label "Hammerschmiede Klangbund". Hier hatte er sich vor allem auf die Neuauflage alter Nazi Metall Bands in Form von Kassetten spezialisiert. Er übernimmt beim alljährlichen Nazifest in Gera Ordnerfunktionen und ist auch sonst für die NPD aktiv; 2009 trat er bei

20 Jahre Kampf um die Straße

Seit zehn Jahren findet in Gera das Neonazi-Festival "Rock für Deutschland" statt. Und erst jüngst verübten hier bisher Unbekannte einen Sprengstoffanschlag auf das Büro der Partei "DIE LINKE". Ein Blick in die Geschichte zeigt einen zwanzigjährigen Kampf von Neonazis um die Straßen der ostthüringischen Stadt.

Von Sören Frerks

Anfang der 1990er Jahre standen in Gera, ebenso wie in anderen Gegenden Ostdeutschlands, Angriffe von Neonazis auf der Tagesordnung. Es gab Straßenschlachten mit brennenden Barrikaden um die Vorherrschaft in Plattenbaugebieten. Zugleich gab es 1990 in der ostthüringischen Stadt mit damals noch 130.000 EinwohnerInnen die ersten linken besetzten Häuser Ostdeutschlands. In diesen Jahren rekrutierten hier aber auch die "Wiking Jugend" (WJ) sowie die "Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP) Mitglieder, und auch "Die Republikaner" traten in Erscheinung. Am 3. Oktober 1991 kamen zum "Deutschlandtreffen" der NPD rund 600 AnhängerInnen nach Gera. Der damalige Bundesvorsitzende der Partei, Günter Deckert, zählte die Stadt zu einem Schwerpunkt der Partei. Die Gegend war ein Zentrum von Aktionen rechter Skinheads – die Szene erfuhr Aufwind.

"Kameradschaften" in die Partei

Eine der frühen Strukturen, in denen sich die Neonazis sammelten, war die "Kameradschaft Gera", 1993/94 entstanden. Der 1974 geborene Gordon Richter gilt als einer ihrer Gründer. Heute ist er eines von zwei NPD-Mitgliedern im Stadtrat von Gera. Schon damals zeichnete sich seine Nähe zu Frank Schwerdt ab, der die Einheit zwischen "Kameradschaften" und Parteigängern anstrebte. Schwerdt führte ab 1993 die Wählerversammlung "Die Nationalen e. V.", ein Sammelbecken für freigesetzte

Mitglieder durch die 1992 begonnene Verbotsbewegung gegen rechte Organisationen und Parteien. Im März 1996 gründete sich schließlich in Gera der damals einzige Thüringer Kreisverband der Nationalen. Richter saß zeitweilig auch im Bundesvorstand und ein weiterer Aktiver tauchte auf: der 1978 geborene Jörg Krautheim. Er war die Nummer Zwei der "Kameradschaft Gera".

Um einem Verbot zu entgehen, löste sich der Verein schon eineinhalb Jahre später offiziell wieder auf, jedoch nicht ohne ein "Zusammenrücken der ver-

des Bundesverbandes unter dem Vorsitz Udo Voigts. Zahlreiche Mitglieder aus dem Verein "Die Nationalen" und dem überregionalen "Thüringer Heimat-schutz" (THS), dem 1999 etwa 120 Personen zugerechnet wurden, traten in die Partei ein. Die Zahl der Parteimitglieder schnellte zwischen 1997 und 1999 von 90 auf 260. Die NPD fungierte fortan als Dach der Szene.

Die gewichtige Stellung der Geraer Neonazis in diesem Radikalisierungsprozess wurde bei den Landtagswahlen 1999 deutlich. Mit Richter, Krautheim



schiedenen nationalen Gruppierungen" zu verkünden. Schwerdt hatte damals eines der bedeutendsten ostdeutschen Netzwerke aus "Freien Kameradschaften" um sich gebildet. Nach seinem erneuten Eintritt in die NPD 1997, Haftentlassung und Umzug, forciert er seit 2001 als Vorsitzender der Thüringer NPD bis 2012 den radikalen und militanten Kurs des Landesverbandes.

Doch schon vorher begannen die "Freien Kameradschaften", die "nationalrevolutionäre" Öffnung der NPD voranzutreiben, gedeckt vom 1996 verabschiedeten "Drei-Säulen-Konzept"

und dem 1979 geborenen Jan Stöckel stellten der NPD-Kreisverband und die "Kameradschaft Gera" in Personalunion mindestens drei Kandidaten der Landesliste. Dem elfköpfigen Landesvorstand gehörten damals neben Tino Brandt und Ralf Wohlleben auch die drei Geraer an. Zwar traten sie in der Öffentlichkeit nicht explizit als THS auf, dennoch wurden Richter und Krautheim vom Geheimdienst als dessen "Angehörige" beziehungsweise "Mitglieder" geführt. Die Geraer Gruppe der überregionalen Struktur entstand mit dem 1994

Anzeige

erstmalig aufgetretenen THS-Vorgänger "Anti-Antifa-Ostthüringen" und war eine Größe in der Thüringer Szene. Die Aktivisten nahmen an regionalen sowie bundesweiten Aufmärschen teil und unterstützten oder koordinierten Aktionen: So zum Beispiel beim "Hess-Gedenken" am 22. August 1998, als der THS in Gotha und die "Kameradschaft Gera" in ihren eigenen Städten aufmarschierten.

Alltäglicher "Terror"

Den "Kampf um die Straße" und Anti-Antifa-Hetze erledigten die Geraer Neonazis selbst. Im Sinne von propagierter Einheit und Radikalisierung diente der Kreisverband als Wahl- und Aufmarschorganisation, während die "Kameradschaft" den inoffiziellen Ableger für halblegale Aktionen und Angriffe auf GegnerInnen mimte. Dass die Grenzen fließend waren, zeigten Richter und Krautheim, die bei NPD-Aufmärschen Abzeichen der "Kameradschaft" trugen.

Mit dem Aufstieg der NPD und des THS im Landesverband der Partei gab es um die Jahrtausendwende mehrere große Veranstaltungen und Aufmärsche in Gera. So tagte dort im April 1998 die NPD-nahe "Gesellschaft für Freie Publizistik" und Ende Oktober des Jahres der Bundesvorstand im nahen Crossen. Ebenfalls 1998 sollte Gera als Ausweichort dienen, wäre der Großaufmarsch zum 1. Mai in Leipzig, an dem letztlich 5000 Neonazis teilnahmen, verboten worden. Am 4. September 1999, nur wenige Tage vor der Landtagswahl, marschierten etwa 400 bis 500 Neonazis auf. Es war der Wahlkampfabschluss, mit dem der Kreisverband und die "Kameradschaft Gera" Stärke demonstrieren und innerhalb von NPD und THS die eigene Rolle festigen konnten – untermauert vom besten Ergebnis der Thüringer Kreisverbände bei den Landtags- und den gleichzeitigen Europawahlen. Wenige Monate später folgte ein weiterer Aufmarsch gegen das einzige örtliche Heim für AsylbewerberInnen. Angemeldet von Krautheim, kamen am 12. Februar 2000 etwa 500 bis 600 Neonazis. Darunter die THS-Aktivisten Brandt und André Kap-

ke, Thorsten Heise und dessen "Kameradschaft Northeim" sowie die "Blood & Honour"-Sektionen (B&H) Thüringen, Brandenburg, Süd-Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Das letzte Mal zog die NPD am 10. November 2001 – in unmittelbarer Nähe zum Jahrestag der Reichspogromnacht – mit 300 TeilnehmerInnen unter dem Motto "Kein deutsches Blut für fremde Interessen" durch Gera. Mit dabei auch Gerd Ittner sowie Matthias Fischer von der (seit 2004 verbotenen) "Fränkischen Aktionsfront".

Seit Anfang der 1990er Jahre kommen regelmäßige Kleinaufmärsche, Infostände, "Heldengedenken" sowie Drohungen und gewalttätige Angriffe dazu. Die "Kameradschaft Gera" hatte derart wenig zu fürchten, dass sie nicht nur Punks und jugendliche Antifas ins Visier nahm. Im April 2000 veröffentlichte sie Informationen mit Fotos von einem DGB-Gewerkschafter und PDS-Politiker in einem Internet-Steckbrief und auf Aufklebern in der Stadt. Im Mai richteten sich die Anti-Antifa-Umtriebe der Gruppe gegen einen Jugendpfarrer. Einen Monat später setzten Neonazis den Kampf um "National Befreite Zonen" in die Tat um und schlugen am 27. Juni die Scheiben eines muslimischen Gebetshauses ein. Krautheim wurde in der Nähe festgenommen, im Prozess jedoch freigesprochen. Die "Thüringer Allgemeine" spekulierte danach über eine mögliche Tätigkeit als Informant des Geheimdienstes. Im April 2001 rief dann die "Kameradschaft Gera" im Internet dazu auf, gegen ein besetztes Haus vorzugehen. Der Angriff von 20 Neonazis folgte am Vorabend des 1. Mai. Heute, elf Jahre später, traf es in der Nacht zum 12. Juni 2012 das Büro der LINKEN – mittlerweile zum zehnten Mal. Dieses Mal explodierten Sprengstoffkapseln, die an den Fensterscheiben befestigt waren.

Wahlkampf

Erinnerte der Aufmarsch 2001 noch an die typischen Bilder der Neunzigerjahre, war davon beim "Rock gegen Krieg" 2003 nur wenig zu spüren. Le-

diglich die Mode gewordene antiimperialistische Attitüde und ein paar übriggebliebene "Stiefelnazis" retten sich über die Zeit.

An frühere Mobilisierungserfolge konnte vorerst nicht mehr angeknüpft werden, nachdem der THS-Anführer und stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Brandt 2001 als V-Mann enttarnt wurde. Zudem schien das Vertrauen in beide Organisationen infrage zu stehen. Im Januar 2001 hatte bereits das Verbotsverfahren gegen die NPD begonnen, in dessen Vorlauf auch der THS ein Verbot fürchtete, wie Wohlleben im September 2000 per SMS an den späteren "Nationalsozialistischen Untergrund" (NSU) schrieb. Bis heute gab es keine offiziellen Auflösungen, doch nach 2001 traten THS und "Kameradschaft Gera" nicht mehr in Erscheinung.



NPD-Plakate während des Kommunalwahlkampfes im April 2012

Ein neues Profil war nötig, sollte der Landesverband – wie Schwerdt warnte – nicht auseinanderdriften. Der einsetzende Mitgliederschwund musste gebremst und bei der Bundestagswahl 2002 ein Debakel wie 1998 verhindert werden, sollte der "Kampf um die Parlamente" nicht zur Farce werden. Damals scheiterte der Thüringer Landesverband bereits daran, genügend Unterschriften für den Antritt zu sammeln. 2002 ging die NPD

auf Nummer sicher und organisierte bereits ab Dezember 2001 Infostände, um UnterstützerInnen zu sammeln. Schließlich holte der Geraer Kreisverband bei der Wahl im September zum dritten Mal in Folge die meisten Stimmen im Bundesland.

Als Teil des Strategiewechsels, der mit dem Bundestagswahlkampf zusammenfiel, setzte man auf öffentliche RechtsRock-Konzerte. Am 1. Juni 2002 versuchte Wohlleben mit dem "Thüringentag der nationalen Jugend" erstmals, in Thüringen eine rechte "Erlebniswelt" zu schaffen. Zwar kamen nur 130 Neonazis nach Jena, trotzdem war eine neue Aktionsform geschaffen: RechtsRock gepaart mit Wahlkampf. Über unterschiedliche Bands und RednerInnen konnte die gesamte Szene angesprochen werden und die NPD für sich werben. Der Geraer Kreisverband schloss sich dem Konzept an und veranstaltete am 21. Juni 2003 ein "Rock gegen Krieg" beziehungsweise "No war - Open Air" mit 150 bis 200 Neonazis und wiederholte dies ein Jahr später am 10. Juli. Bei der Ankündigung wurde die Kooperation zwischen Partei und "Freien Nationalen Kräften" betont. Doch erst 2005 konnte

das Festival an frühere Mobilisierungserfolge anknüpfen. Bis zu 750 Neonazis nahmen am 9. Juli teil, was auch dem Beginn des Bundestagswahlkampfes und dem dadurch ausgefallenen "Pressefest" des Verlags der "Deutsche Stimmen" zu verdanken war. Seither firmiert das Festival bei meist konstanten BesucherInnenzahlen unter dem Titel "Rock für Deutschland" (RfD). Wieder sorgte die Geraer NPD für einen Erfolg des Landesverbandes, der den Freistaat mit dem "Thüringentag der Nationalen Jugend", dem "Eichsfelder Heimattag" und dem "Fest der Völker" als rechtes "Festivalland" etablierte.

"Blood & Honour"

Nicht nur aufgrund des langen Bestehens und der Mobilisierungsfähigkeit von bis zu 5.000 Gästen im Jahr 2009 ist das RfD wichtig. Die NPD finanziert damit einen Teil ihrer Ausgaben und die Geraer RechtsRock-Bands und Plattenlabels können ihrem langjährigen guten Ruf in der Szene gerecht werden. 1993 nannte der Geheimdienst "Oithanasie" als eine der ersten rechten Skinheadbands in Thüringen, es folgten unter anderem "Legion Ost" und "Oigenik".

Seitdem bildete sich in Gera parallel zur "Kameradschaft" und der NPD eine eigenständige RechtsRockSzene aus, die der seit 1997 bestehenden B&H-Sektion Thüringen nahestand. Kein Zufall, dass zwei führende Köpfe des militanten Netzwerks, Marcel Degner und Mike Bär, in Gera wohnen. Degner flog wie Brandt 2001 als V-Mann auf. Auch die deutsche B&H-Jugendorganisation "White Youth" wurde in Thüringen gegründet, in der der Sänger der Band "Oigenik", Jens Fröhlich, aktiv war. Er organisierte zahlreiche Konzerte und spielt mit Denis Schoner seit längerem in der 1998 entstandenen Band "Totenburg". Beide sind bundesweit in der Szene bekannt, weshalb sich ihre Einbindung in die Organisation des RfD sowohl für das Festival als auch für ihre Label "Ewiges Eis Records" und "Hammerbund" lohnen sollte. Mit mindestens fünf rechten Vertrieben liegen die Geraer Neonazis auch hier in Thüringen vorn.

Abdruck aus "Der Rechte Rand" Nr. 137 mit freundlicher Genehmigung der Redaktion, www.der-rechte-rand.de.

<http://gerainfo.noblogs.org>

Recherchen zum Nazifest und rechten Strukturen // **Kapitalismuskritische & alltagspolitisch Plattform** – [AAG]